

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/163

28. August 1975

Konjunkturprogramm-Kernpunkt: Stärkung der Nachfrage

Anmerkungen zu den Steuerforderungen der Unternehmer-
seite

Von Dipl.-Ing. Hans-Jürgen Junghans MdB
Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes und Vorsitzender
des Fraktionsarbeitskreises Wirtschaftspolitik

Seite 1 und 2 / 87 Zeilen

Der Tonband-Skandal von Bremen

Wo bleibt die Empörung der Bonner CDU-Zentrale?

Seite 3 / 36 Zeilen

Bringt die Paßunion den Europa-Paß?

EG-Wahlrecht für Gastarbeiter auf Gemeindeebene
vorgeschlagen

Seite 4 und 5 / 59 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Siebert

5300 Bonn 19, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 08 88 848 - 48 ppbd d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 68 11

Konjunkturprogramm-Kernpunkt: Stärkung der Nachfrage

Anmerkungen zu den Steuerforderungen der Unternehmenseite

Von Dipl.-Ing. Hans-Jürgen Junghans MdB

Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes und

Vorsitzender des Fraktionsarbeitskreises Wirtschaftspolitik

Senkung der sogenannten ertragsunabhängigen Steuern, Erleichterungen bei den steuerlichen Abschreibungen, Einführung eines Verlustrücktrages - dies sind nur einige Blüten aus dem bunten Strauß an Forderungen, die in diesen Tagen als Wunderwaffe gegen die Rezession präsentiert werden. Ursprünglich als Beiträge zur ordnungspolitischen Diskussion gedacht, werden sie nun von Interessenten aus Wirtschaft und Verbänden aufgegriffen und zur conditio sine qua non des allseits ersehnten Wiederaufschwungs der Wirtschaftstätigkeit umfunktioniert. Dabei ist allen diesen Vorschlägen eines gemeinsam: Sie wirken allein auf die Unternehmen, also auf die Angebotseite des Wirtschaftsgeschehens, ein, während auf der anderen Marktseite nicht eine müde Mark an kaufkräftiger Nachfrage hervorgezaubert wird. Die Konjunkturlaute, in der wir uns befinden, ist aber ganz eindeutig eine Nachfragekrise. Es fehlt vor allem an der notwendigen Nachfrage nach deutschen Ausfuhrgütern - 40 Milliarden DM weniger, als im Herbst 1974 erwartet, wie der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung dargelegt hat. Und es ist überhaupt nicht einzusehen, wie eine noch so stattliche Aufbesserung der Gewinnmargen unserer Unternehmen hier Abhilfe schaffen könnte.

Auf der Angebotseite stehen gegenwärtig Kapazitäten üppig zur Verfügung. Der Sachverständigenrat stellt fest, daß Produktionsreserven allenthalben reichlich vorhanden seien: "Allein um neun vH kann die gesamtwirtschaftliche Produktion gesteigert werden, bis die derzeit brachliegenden Kapazitäten wieder normal ausgelastet sind." Berücksichtigt man noch die Produktivitätssteigerungen, die laufend durch Rationalisierungsinvestitionen ermöglicht werden, dann kann das Bruttosozialprodukt real drei Jahre lang um jeweils sechs vH wachsen, wie die fünf Weisen ausgerechnet haben. Es ist hinzuzufügen: Ob dieser gewaltige Wachstumsspielraum annähernd oder wenigstens teilweise ausgefüllt wird, hängt allein davon ab, ob sich die Nachfrage, vor allem auf den Weltmärkten, entsprechend expansiv entwickeln wird oder nicht.

Deshalb setzt das Konjunkturprogramm der Bundesregierung auch an der richtigen Stelle an: Es stärkt die Nachfrage, und es stärkt die Nachfrage besonders dort, wo diese in besonderem Masse ausgeblieben ist: in der Bauwirtschaft. Zugegeben: Wunder sind von diesem Programm wegen seiner Größenordnung nicht zu erwarten. Diese konnte aber nicht anders gewählt werden, weil die öffentliche Hand nicht exakt diejenigen Produktionskapazitäten beschäftigen kann, welche die ausgebliebenen Exportaufträge ausgeführt hätten. Außerdem sind der Finanzierung des Konjunkturprogrammes Grenzen gesetzt, die nicht überschritten werden können. Dies ist nun einmal nicht drin, weder nach Umfang noch nach Zielrichtung. Aber

der Ansatz ist richtig gewählt: Eine verstärkte Nachfrage soll der Bauwirtschaft über die saisonal schwierigen Wintermonate hinweghelfen.

Das Konjunkturprogramm darf dabei nicht allein für sich betrachtet werden. Im nationalen Alleingang können wir so oder so die Wende der Weltkonjunktur nicht herbeiführen. Viel wichtiger ist eine konjunkturpolitische Abstimmung der so eng durch den Außenhandel miteinander verknüpften westlichen Volkswirtschaften. Und hier ist Bundeskanzler Helmut Schmidt ein Erfolg gelungen, der zu berechtigten Hoffnungen Anlaß gibt: In Gesprächen mit Präsident Gerald Ford, mit Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing und mit Premierminister Harold Wilson ist es ihm gelungen, die auf dem Weltmarkt führenden Staaten zu einem abgestimmten gemeinsamen Handeln zu bewegen. Mit gleichgerichteten, etwa gleichzeitigen und abgewogenen Maßnahmen zur Stimulierung ihrer Konjunktur werden sie eine gemeinsame Anstrengung zum Anwerfen des Konjunkturmotors unternehmen. Wir können nicht unseren eigenen Export anregen, ebensowenig die Franzosen oder die Briten den ihren. Aber alle Länder zusammen können sehr wohl durch jeweilige Stimulierung ihrer Binnenkonjunktur auch die Exportindustrien ihrer Volkswirtschaften mit Neuaufträgen bestücken und so die konjunkturelle Initialzuwendung im Weltmaßstab bewirken.

Weitere Länder der Europäischen Gemeinschaft werden übrigens ebenfalls mitziehen. Erst vor wenigen Tagen hat der niederländische Premierminister Den Uyl mit Bundeskanzler Helmut Schmidt über die Harmonisierung der konjunkturpolitischen Programme beraten. Schmidt wird in Kürze mit dem dänischen Ministerpräsidenten Anke Jørgensen sprechen. Es ist verständlich, wenn hierbei Forderungen erhoben werden nach dem Motto: "Hannemann, geh Du voran". Wenn sich auch diese Forderungen von draußen nicht ganz verwirklichen lassen, so ist doch zuzugeben, daß sie im Kern richtig ansetzen, nämlich bei einer Stärkung der Nachfrage.

Dabei wird zu gegebener Zeit über eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Unternehmen zu sprechen sein. Auch Erleichterungen steuerlicher Art sind hierbei nicht von vornherein auszuschließen. Die Investitionen der Wirtschaft sind seit Jahren auf einem besorgniserregend niedrigen Niveau. Hier muß etwas geschehen. Ob es der unzureichenden Investitionsneigung allerdings die Unternehmenssteuern Schuld sind, muß erst noch bewiesen werden. Dieser Beweis wird, wenn er überhaupt gelingt, schwierig sein. Gegebenenfalls sind Strukturveränderungen jedoch besser in einer konjunkturellen Normallage durchzuführen. Es besteht sonst die Gefahr, daß hier unter dem Druck der augenblicklichen Verhältnisse Startlöcher gegraben werden, aus denen sich die Unternehmen im Aufschwung ungerechtfertigt weit nach vorne katapultieren können.

Eine steht fest: Eine fundierte Nachfrage und eine gute Auslastung der Produktionsanlagen bessern die Gewinnspannen eher auf als ein ohnehin nur begrenzt mögliches Drehen an den Unternehmenssteuern. Ob darüber hinaus gewisse Verbesserungen in den Rahmenbedingungen der Wirtschaft erforderlich sind, sollte man nicht unter kurzfristigen konjunkturellen Gesichtspunkten erörtern.

(-/28.8.1975/bgy/ks/ee/sab)

+ + +

Der Tonbandekandel von Bremen

Wo bleibt die Empörung der Bonner CDU-Zentrale ?

In Bremen platzt ein von der CDU angezettelter angeblicher Skandal und Zug und Zug damit bröckelt auch das Image der Bremer CDU und ihres amarten Fraktionsvorsitzenden Bernd Neumann ab, der im angesetzten Vorfeld der am 28. September anstehenden Bürgererschaftswahlen der in der Hansestadt regierenden SPD und ihrem beliebten und angesehenen Bürgermeister Hans Koschnick ein Bein stellen wollte. Der Kern der "Affäre" ist klein und schwach: Angeblich soll der stellv. SPD-Fraktionsvorsitzende Horst-Werner Franke den Pfarrer Kurt Kaiser, dem Baader-Meinhof-Sympathien nachgesagt werden, zu einer plausiblen Erklärung dafür angestiftet haben, wieso in dessen Notizbuch der Name des Senatsdirektors Dr. Manfred Klichies zu finden sei. Als "Zeuge" wurde der inzwischen entlassene Polizeipräsident Erich von Bock und Polach, ein 62jähriger herzinfarktkranker Mann, in die Öffentlichkeit gezerrt, der in einem Telefongespräch mit dem ehemaligen "Bild"-Reporter und heutigen CDU-Journalisten Werner-Joachim Sigerist entsprechende Bemerkungen gemacht hat: aus Verbitterung über seinen gehassten Parteifreund Klichies. So weit zu dem.

Der Punkt aber, um den es geht, ist die unbestreitbare und unbestrittene Tatsache, daß der CDU-Journalist Sigerist, gegen den inzwischen ein Strafverfahren läuft, erstens sein Telefongespräch mit dem ihm gut bekannten Polizeipräsidenten unbefugt auf Tonband aufgenommen hat und dann zweitens dieses Band, trotz der Vertraulichkeitszusage an von Bock und Polach, der Bremer CDU-Führung übergeben hat, die damit dann auch ihr "großes Spiel" gestartet hat.

Über den CDU-Journalisten werden die Gerichte und sicher auch die journalistischen Landesorganisationen das Notwendige zu sagen haben. Zur Debatte steht hier die CDU, die bisher zu diesem böartigen und ekelhaften Tonbandekandel nicht ein einziges Mal den Mund aufgemacht hat, um einer - von der ganzen deutschen Öffentlichkeit geteilten - Empörung Luft zu machen. Jedermann in der Bundesrepublik erinnert sich doch noch des Lärms, den die CDU lauthals geschlagen hat, als sie - berechtigterweise - den Abhörskandal um ihre beiden Spitzenleute Kohl und Biedenkopf als schändliches Gangstertum brandmarkte. Heute, angesichts des Bremer Telefon-Tonbandekandals aber schweigt die CDU, schweigt die CDU-Zentrale, schweigt der CDU-Generalsekretär und schweigt der CDU-Vorsitzende. Gibt es hier keine Empörung, weil es die eigenen Leute waren, die - um mit Herrn Dr. Kohl zu reden - "Gangstertum" praktizierten? Die CDU in Bonn und im Bund hat allen Grund, aufzupassen, daß mit dem Abbröckeln des Images der Bremer CDU nicht auch ihr Ansehen schweren Schaden leidet.

(as/26.8.1975/ka/ea/sab)

+ + +

Bringt die Passunion den Europa-Paß ?

EG-Mehrrecht für Gastarbeiter auf Gemeindeebene vorgeschlagen

Es ist so viel von dem Europa der Waren gesprochen worden, daß das Europa der Bürger vernachlässigt zu sein schien. Durch zwei neue Berichte der EG-Kommission wird dieser Eindruck nunmehr korrigiert: Der erste erwägt einen einheitlichen Paß für sämtliche Staatsangehörige der Gemeinschafts-Staaten, wohingegen der zweite die "besonderen Rechte" untersucht, die den Bürgern, die in einem anderen Gemeinschaftsland als ihrem Herkunftsland ansässig sind (ausländischen Arbeitnehmern), zuerkannt werden könnten. Beide Berichte - über die Europäische Passunion und die "besonderen Rechte" der EG-Bürger - hat die Brüsseler EG-Kommission an den EG-Ministerrat gerichtet, der über das weitere Vorgehen entscheiden muß. Nach dem Vorschlag der Kommission sollen beide Probleme in je einer Arbeitsgruppe geprüft werden, die dann konkrete Vorschläge machen soll.

Auf der Pariser Gipfalkonferenz im Dezember 1974 hatten die Staats- und Regierungschefs der neun EG-Staaten die Möglichkeit angekündigt, eine Passunion zu schaffen und auf drei Aktionen hingewiesen: vorherige Einführung eines einheitlichen Passes, Harmonisierung der Ausländergesetzgebung sowie Abschaffung der Passkontrolle innerhalb der Gemeinschaft. Der einheitliche Paß wäre ein Dokument, das jeder Staat für seine Staatsangehörigen ausstellt. Der traditionelle Paß könnte in ganz Europa dieselbe Aufmachung haben, wodurch neben der nationalen Verbindung eine bestimmte Verbindung mit der Gemeinschaft hervorgehoben würde. Ebenso wie jeder andere zur Zeit erteilte Paß würde der künftige Gemeinschaftspaß nicht nur Reisen in der gesamten Gemeinschaft ermöglichen, sondern wäre natürlich auch in Drittländern gültig. Die psychologische Wirkung einer solchen Maßnahme wird dauerhaften Widerhall finden, wenn die Mitgliedstaaten gegenüber Drittländern die Eigenpersönlichkeit der Gemeinschaft betonen und auf lange Sicht die Gleichbehandlung von Angehörigen der Gemeinschaft durch jedes einzelne Drittland erreichen.

Wenn die Gemeinschaft als eine Einheit angesehen wird, so kann man daran gehen, die Passkontrolle an den Binnengrenzen der Gemeinschaft abzu-

schaffen. Demgegenüber würden die Pässe der Staatsangehörigen der Drittländer bei der Einreise in die Gemeinschaft kontrolliert, wobei jedes Land seine Kontrolle im Namen der gesamten Gemeinschaft ausübt. Logischerweise müssten alle Gemeinschaftsländer den Angehörigen eines Drittlandes eine gleiche Behandlung vorbehalten. Dies ist die unvermeidbare Folge der Gleichbehandlung, die die Gemeinschaft für alle ihre Angehörigen, die in ein und demselben Drittland eine Reise unternehmen, anstrebt. Somit gelangt man zu einer Harmonisierung des Ausländerrechts. Angesichts der großen Zahl der angeschnittenen Probleme hat die Europäische Kommission in einer Mitteilung an den Ministerrat bereits einige der Punkte aufgezählt, die von einer ad hoc-Arbeitsgruppe geprüft werden müssen.

Die von der Pariser Gipfelkonferenz im Jahre 1974 erwähnten "besonderen Rechte" sind Rechte, die den europäischen Bürgern, die in einem anderen Land der Gemeinschaft als ihrem Herkunftsland ansässig sind, gewährt werden könnten. Dabei geht es vor allem um politische Rechte, das aktive und das passive Wahlrecht sowie das Recht auf Zugang zu öffentlichen Ämtern in den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft. Zunächst kann die Zuerkennung des aktiven und passiven Wahlrechts auf Gemeindeebene sowie das Recht auf Zugang zu öffentlichen Ämtern, die mit der Eigenschaft eines auf dieser Ebene gewählten Vertreters verbunden sind, in Erwägung gezogen werden. Schon auf dieser Ebene gibt es zahlreiche Probleme. So wird beispielsweise je nach Mitgliedstaat der Bürgermeister entweder direkt von den Bürgern oder durch die Gemeinderäte gewählt oder von der Regierung ernannt. Ein auf den ersten Grad beschränktes passives Wahlrecht würde den Ausländern nicht die gleichen Rechte in allen Mitgliedstaaten geben. Außerdem ist ein passives Wahlrecht nicht denkbar, ohne daß damit der Zugang zu öffentlichen Ämtern eröffnet wird. Schließlich impliziert das passive Wahlrecht die Möglichkeit einer Wahlkampagne und wirft die Frage des Rechts auf Gründung politischer Vereinigungen auf.

Egon C. Heinrich
(-/28.8.1975/ks/ee/ben)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert